

Umschau.

Ein Schritt zum inneren Frieden.

Um den „Neuen Evangelischen Bund“, über den wir in einem früheren Artikel (95 [April 1918] 56 ff.) berichteten, ist es merkwürdig still geworden. Dafür aber erhielt unsere Zeitschrift im November eine Zusendung aus Berlin mit dem Ausdruck: „Evangelischer Bund zur Wahrung deutsch-protestantischer Interessen, Berlin W 25“. Der Inhalt bestand aus einer gedruckten „Kundgebung“, welche lautet:

„Der Evangelische Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen (Berlin W 35) erläßt durch sein Präsidium folgende Kundgebung an seine Mitglieder:

„Die Waffen ruhen. Millionen besorgter Herzen atmen auf. Aber der heiß-ersehnte Friede kommt nicht mit den wohlverdienten Siegeskränzen, sondern mit fürchtbaren Waffenstillstandsbedingungen und gewaltigen Umwälzungen. Durch schwere Tage und kummervolle Nächte gehen wir unerhörten Aufgaben entgegen.

Wir deutsche Protestanten, deren Väter um des Glaubens willen die schwersten Kämpfe bestanden haben, dürfen im brausenden Werden einer neuen Zeit nicht fassungslos sein, wir müssen mutig vorwärts schauen.

Als deutsche Vereinigung erkennen wir die Pflicht, unbeschadet unserer politischen Überzeugung die gegenwärtigen Machthaber in dieser Übergangszeit darin zu unterstützen, daß die Ordnung aufrechterhalten und ein Zusammenbruch vermieden werde.

Als religiöse Körperschaft nehmen wir Kenntnis von der Erklärung des „Rates der Volksbeauftragten“, daß „die Freiheit der Religionsübung gewährleistet wird“, und halten dadurch unsere Arbeit auch in der Gegenwart für gesichert. Wir werden gerne in den neuen Verhältnissen zur Wahrung der religiösen Lebenswerte ein großes Wegstück mit andersgläubigen, besonders auch unsern katholischen Volksgenossen zusammengehen und erklären uns zu gemeinsamer Beratung und Arbeit hierdurch bereit.

Das Weitere ist eine den neuen Verhältnissen angepasste Form des Bundesprogramms. Unter anderem wird angestrebt, „daß die verschiedenen Richtungen und Strömungen der evangelischen Christenheit verständnisvoll zusammenarbeiten“.

Insbesondere muß unsere Schwesternschaft, die sich im Kriege bewährte, für den Heimatdienst im deutschen Hause ausgebaut werden. Das Siedlungswerk in Stadt und Land, das wir mit der von uns geförderten „Ostdeutschen Ansiedlerhilfe“ begonnen haben, muß weitergeführt werden. Auch unsere evangelischen Pflegegemeinden dürfen nicht verlassen sein.

So wollen wir getrost und getreu wirken im Vertrauen auf den ewigen Helfer, von dem wir singen: „Er hilft uns frei aus aller Not, die uns jetzt hat betroffen.“

Unsere Besere werden gewiß mit uns Gott danken, daß er neben dem vielen Traurigen der Gegenwart uns den Tag erleben ließ, der uns einen so wohl-

tuenden und vielversprechenden Gruß von dieser Seite eintrug. Dem Evangelischen Bund sei für solche Worte des Entgegenkommens ebenfalls herzlich gedankt.

Zuerst danken wir dafür, daß der Bund in diesem Falle seine „katholischen Volksgenossen“ bei ihrem richtigen katholischen Namen genannt hat. Wir möchten dringend bitten, daß man bei dieser Umgangsform bleibe, und daß der Bund auf die Presse und die Redner, die seinem Einfluß unterstehen, im gleichen Sinn einwirken wolle.

Damit ist schon angedeutet, welche Frucht wir uns etwa von der gemeinsamen Beratung, die der Bund anregt, versprechen möchten. Es sind keine neuen Vorschläge und Forderungen, die wir stellen, und sie scheinen uns bescheiden genug zu sein.

Diese Zeitschrift hat im Juli 1915 (89 386 ff.) eine Anregung veröffentlicht, wie etwa das friedliche Zusammengehen von Katholiken und Protestanten angebahnt werden könnte. „Soll der Burgfrieden unter den religiösen Bekenntnissen von Dauer sein?“ lautete unsere Frage, und in der Antwort meinten wir, das sei nur dann möglich, wenn beide Teile im gegenseitigen Verkehr Gerechtigkeit und Achtung wahren, und wenn jeder Teil den andern so nehme und gelten lasse, wie er ist.

Aus dieser, wie uns schien, selbstverständlichen Vorannahme haben wir dann drei Bedingungen für einen dauernden Frieden abgeleitet:

1. Man verlange keinen Verzicht auf Grundsätze.
2. Man erhebe keinen Anspruch darauf, mit staatlichen oder politischen Mitteln, mit Anwendung der weltlichen Gewalt die religiösen Kräfte der Kirche zu unterbinden.
3. Kein Teil darf vom andern verlangen, daß er grundsätzlich auf Propaganda verzichte.

Mit diesen drei Sätzen ist natürlich nicht alles erschöpft, was das Gebot der Gerechtigkeit verlangt. Ebenso wichtig oder noch wichtiger wäre eine vierte Bedingung: Verzicht auf anerkannte Geschichtsfälschungen und gänzlich unbeglaubigte Greuelberichte und Fabeln aller Art zu polemischen Zwecken. Für den, der den obersten Grundsatz: Gerechtigkeit, anerkennt, ergeben sich derlei Folgerungen auf der Stelle.

Dazu käme dann ein zweites Gebot der Stunde: daß stets die Achtung vor dem andern Teil gewahrt bleibe bei den unvermeidlichen Meinungsverschiedenheiten. Auch darüber haben wir im September 1916 (91 587 ff.) im Anschluß an Bischof Repplers Worte: „Niemand verachte den andern um seines Glaubens willen; kein Teil rede verächtlich vom andern“, hingewiesen und die „Wahrung guter Sitte“ als einen Weg zum konfessionellen Frieden empfohlen. Trotzdem mußten wir uns auch in jüngster Zeit noch in der Presse, die dem Evangelischen Bund nahesteht, Benamungen wie „römische, vatikanische Kirche, Priester, Bischöfe“ gefallen lassen, wo nach dem Zusammenhang die Rede war von der katholischen Kirche in Deutschland, von deutschen Priestern oder Bischöfen, und auffallend oft begegnete man der beleidigenden Verbindung „schwarze, rote und goldene Internationale“. Von dem Ton, in dem von den Jesuiten geredet wurde, wollen wir ganz absehen.

Nicht um Vorwürfe zu erheben, sagen wir das hier, und darum führen wir auch keine Beispiele an. Wir wollen den Vorstand des Evangelischen Bundes nur fragen, wieweit er die erwähnten Vorschläge billigt, und ob er zur Abstellung der beklagten Übelstände seine Mithilfe in Aussicht stellen kann. An Gegenseitigkeit von unserer Seite wird es gewiß nicht fehlen.

Vielleicht wird aber der Vorstand des Evangelischen Bundes uns gar nicht als verhandlungsfähig anerkennen. Einen amtlichen Auftrag können wir in der Tat nicht vorweisen. Aber auch der Bund ist doch nur ein Privatverein ohne amtliche Beglaubigung. Für den angenommenen Fall können wir ihn jedoch auf den großen gemeinsamen Hirtenbrief der deutschen Erzbischöfe und Bischöfe von Allerheiligen 1917 verweisen. Der vierte Abschnitt dieser herrlichen Urkunde, die heute noch zeitgemäß ist, beschäftigt sich ganz mit Vorschriften über das Verhalten bei religiösen und kirchlichen Mißheiligkeiten. In früheren Versammlungen und Drucksachen des Bundes hat der Brief eine überwiegend unfreundliche Aufnahme gefunden. Will der Vorstand seine Stellungnahme zu jenen Richtlinien nicht einer Nachprüfung unterziehen?

Noch ein Einwand gegen alle diese Vorschläge könnte erhoben werden. Ist ein solches Ergebnis, das auf ein nüchternes Schiedlich-friedlich hinausläuft, nicht zu mager in einer so wichtigen Sache in so großer Zeit?

Wir denken: nein. Zum Beweis berufen wir uns nicht nur auf die gewichtigen Gründe des genannten Hirtenschreibens, sondern auch auf das Zeugnis des allbekannten Buches von Dr. Fr. Thimme „Vom inneren Frieden des deutschen Volkes“. Die 40 Mitarbeiter aus den verschiedensten Lagern, die dazu Wort kamen, sind einig in dem Urteile, das einer von ihnen, der Sozialdemokrat Heinrich Peus, in die Worte faßte:

„Um es mit einem Sage zu sagen: An der grundsätzlichen Situation wird sich kaum etwas ändern; aber der Ton der Musik, die haben und drüben gespielt wird, kann angenehmer werden. Die Geißsporne haben und drüben werden sich auch weiter nicht verständigen, aber die Zahl derer, die achtungsvoll miteinander verkehren, kann zunehmen. Das Bernen beider voneinander, eine durchaus wünschenswerte Sache, wird in höherem Grade zustande kommen können ohne jedes intellektuelle oder gar moralische Opfer“ (a. a. O. 65).

Professor M. Schian in Gießen, dessen Urteil wohl auch in den Kreisen des Evangelischen Bundes etwas gilt, bemerkt zu diesen Worten:

„Wir werden froh sein müssen, wenn Peus' Prophezeiung zutrifft. In der Tat, wäre das nicht schon sehr viel, wenn es sich erreichen ließe? Wäre es nicht das richtige Ziel, damit nicht die Wahrheit leide?“ (Deutsch-Evangelische Monatsblätter f. d. gesamten deutschen Protestantismus, Sept. 1916, S. 430.)

Schiedlich, friedlich! Ne quaeso sit iurgium inter me et te, fratres enim sumus!

Abraham sprach zu Lot: „Laß nicht Streit sein zwischen mir und dir, zwischen meinen Leuten und deinen Leuten; wir sind ja Brüder! . . . Wenn du zur Linken gehst, will ich zur Rechten ziehen; wenn du die Rechte vorziehst, werde ich nach links halten“ (Gen. 13, 8 9).

Wir sind ja Brüder! In brüderlichem Wettstreit besorge jeder sein Hauswesen mit Vermeiden aller ungerechten und unehrenhafter Mittel, dann wird das gemeinsame Vaterland den Segen davon haben. Matthias Reichmann S. J.

Wiederrum die Lehninische Weissagung.

Neuepiens wurde bei den Angriffen gegen den Kaiser Wilhelm II. in der süddeutschen Presse auch die sog. Weissagung des seligen Bruders Hermann aus dem Kloster Lehnin wieder hervorgeholt. Es geschah wegen des 93. Verses der gegen die brandenburgischen Fürsten gerichteten „Vorhersagung“: Tandem sceptrum gerit, qui stemmatis ultimus erit („Zuletzt führt das Szepter, der der letzte des Stammes sein wird“). Man will sich also noch immer nicht von der Unächtheit der angeblichen Prophetie überzeugen lassen. Demgegenüber mag daran erinnert werden, daß die ruhige wissenschaftliche Untersuchung sie in den letzten Jahrzehnten, ja eigentlich schon längst früher unwiderleglich als ein willkürliches Machwerk, das nicht das geringste Ansehen verdient, erwiesen hat. Der „selige“ Bruder Hermann, der Zisterzienser des alten märkischen Klosters, der ihr gott-erleuchteter Urheber sein sollte, ist nicht in der Liste der kirchlichen Seligen; er hat nicht im 13. Jahrhundert, in das man ihn versetzt, gelebt; er ist überhaupt historisch gar nicht nachweisbar. Die Dichtung von hundert sog. Leoninischen Versen ist erst im 16. bzw. in der jetzigen Form im 17. Jahrhundert, wahrscheinlich in der Zeit des „Großen Kurfürsten“ Friedrich Wilhelm († 1688), entstanden. Sowohl protestantische wie katholische Forscher sind darin einig, und zwar hat ein katholischer die letzte und beste zusammenfassende Untersuchung darüber mit diesem Resultate verfaßt, nämlich Franz Kampers, jetzt Geschichtsprofessor an der Breslauer Universität (Münster 1897). Mit Unrecht wird vom Konversationslexikon von Meyer noch in der neuesten Auflage den Katholiken (dem „Ultramontanismus“) das frühere Festhalten an der Wahrsagung vorgehalten. Die Demokraten von 1848 und manche Protestanten waren ebenso beteiligt. Wahr ist, daß der katholische Berliner Redakteur Majunko wiederholt unvorsichtigerweise eine Lanze für das Lehninische Gedicht gebrochen hat; aber Majunko war, wenn er auf historisches Gebiet übergriff, außer seinem Berufe und vom Glück nicht gesegnet, wie auch seine tendenziöse Verteidigung des ganz ungeschichtlichen Selbstmordes von Luther beweist.

Was die näheren Umstände der Entstehung des „prophetischen“ Werkes angeht, so geht keine einzige Handschrift desselben vor die oben angegebene Zeit zurück. Während ferner gegen Ausgang des Mittelalters die seltsamsten Weissagungen in Fülle durch die Welt zogen und bei den Schriftstellern genannt werden, herrscht über die Lehninische volles Stillschweigen, auch bei Gelehrten des Zisterzienserordens, selbst wo man des Klosters Lehnin und seiner Merkwürdigkeiten ausführlich gedenkt. Im Wortlaute der Verse selbst fällt dem Geschichtskundigen sofort auf, daß vor der für die Erbüdung vermuteten Zeit die Angaben über die Brandenburger und über des Klosters Schicksal bestimmt gefaßt und im allgemeinen richtig sind, während die nachfolgenden Ereignisse in